

10 Fakten

zum Rentenpaket

65 Jahre

Erwerbsalter

47,9 %

Vergleich

0,8 %

Mrd. €

Reform

Deutschland

Rücklagen

Zuschuss

Einführung

Die Neuauflage der Großen Koalition ist mit einem Rentenreformpaket an den Start gegangen, das nach Bekunden der Koalitionäre mehr Gerechtigkeit schaffen soll. Im Mittelpunkt stehen die Rente mit 63 und die Mütterrente für Eltern mit vor 1992 geborenen Kindern.

Berechnungen zeigen: Die Rentenpläne der Bundesregierung sind ungerecht, weil sie die Generationengerechtigkeit untergraben. Nur eine kleine Gruppe profitiert von der Reform, während die Beitragszahler, aber auch die Rentner Belastungen hinnehmen müssen. Die Regierungspläne sind zudem ein Rückschritt im Umgang mit der demografischen Herausforderung. Zahlreiche Statistiken zeigen, dass Deutschland mit dem stärkeren Einbezug Älterer in den Arbeitsmarkt bislang auf dem richtigen Weg war.

Vor diesem Hintergrund haben wir eine Faktensammlung im handlichen Format zusammengestellt. Sie zeigt, welche Aufgaben die Rentenpolitik dringend angehen müsste und welche Belastungen stattdessen durch die aktuellen Reformvorhaben auf uns zukommen.

Fakt 1

Mütterrente kostet Beitragszahler knapp 80 Milliarden Euro

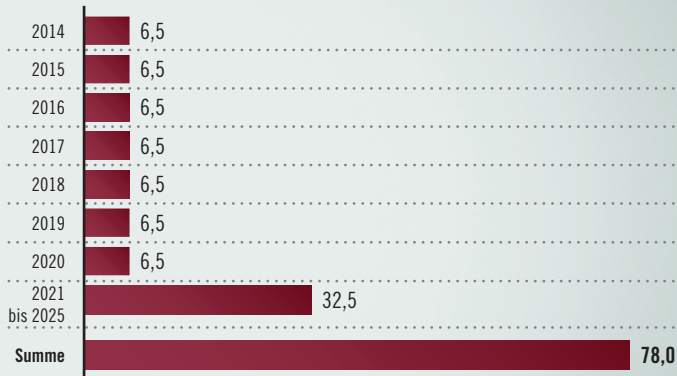
- ▶ Die geplante Mütterrente würde die Rentenversicherung bis 2025 mit knapp 80 Milliarden Euro belasten. Der Bundeszuschuss soll in dieser Zeit jedoch nur um wenig mehr als 20 Milliarden Euro angehoben werden.
- ▶ Die Beitragszahler werden also den Hauptteil über die Beitragssätze zahlen: Bis 2025 wird die Mütterrente die Rentenkasse mit 71,1 Milliarden Euro ins Minus gedrückt haben.

Die Mütterrente ist ungerecht. Auch junge Familien werden durch die zusätzlichen Kosten belastet.

Milliardengeschenk für Mütter

Kosten für die zusätzliche Mütterrente

in Mrd. Euro



Quellen: Bundesregierung; Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2013

Fakt 2

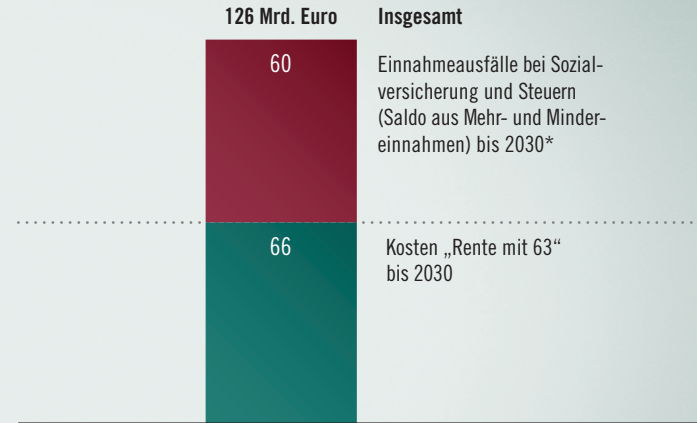
Die Rente mit 63

kostet mehr als angenommen

- ▶ Die Rente mit 63 wird teuer: Bis 2030 wird sie die Beitragszahler 66 Milliarden Euro kosten. Geringere Rentenabschläge, eine steigende Rentnerzahl sowie der Wegfall von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuereinnahmen bedeuten zudem Einnahmeausfälle in Höhe von 60 Milliarden Euro bis 2030, die die Regierung bislang nicht eingerechnet hat.
- ▶ Unterm Strich kostet die Rente mit 63 damit 126 Milliarden Euro und nicht 36 Milliarden Euro, wie von der Koalition veranschlagt.
- ▶ Aufgrund der Erfahrungen mit früheren Frühverrentungsprogrammen ist davon auszugehen, dass die Zahl der Rentner nicht wie von der Regierung veranschlagt nur um 100.000, sondern um 250.000 steigen wird.

Die Rente mit 63 ist ungerecht, weil sie die nachfolgenden Generationen belastet. Dies verschärft die Probleme, die der demografische Wandel ohnehin verursacht.

Rente mit 63 kostet 126 Milliarden Euro



*durch Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung; von der Regierung bislang nicht eingerechnet

Quelle: Prof. Dr. Reinhold Schnabel, Universität Duisburg-Essen 2014

Fakt 3

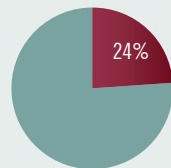
Die Rentenreform kann bis zu 233 Milliarden Euro teuer werden

- ▶ Das gesamte Rentenpaket dürfte deutlich teurer werden als gedacht. Die Gesamtkosten könnten bis 2030 um 73 Milliarden Euro höher liegen als von der Regierung veranschlagt.
- ▶ Das 233 Milliarden Euro teure Rentenpaket ist ein Wahlgeschenk, das nicht einmal ein Viertel der Bürger begrüßt: 76 Prozent würden das Geld lieber anders verwendet wissen.

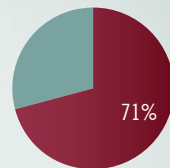
Die Bundesregierung hat das Rentenpaket nicht zu Ende gerechnet. Die Folgekosten der abschlagsfreien Frühverrentung machen das Vorhaben erheblich teurer als dargestellt.

Drei Viertel lehnen Rentenmehrausgaben ab

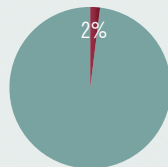
Frage: Was sollte die Bundesregierung mit den für die Rentenpläne vorgesehenen 233 Milliarden Euro tun?



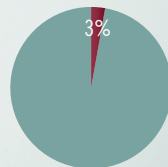
Rentenpläne umsetzen



Geld für andere Bereiche verwenden (u. a. Bildung, FuE, Staatsschulden abbauen, Infrastruktur)



Nichts davon, mit dem Geld Steuern senken



Weiß nicht, keine Angabe

■ So viel Prozent der Befragten wünschen dies.

Fakt 4

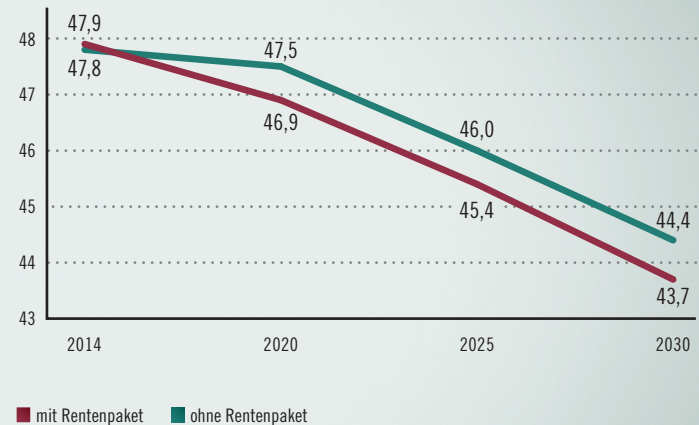
Rentnern entgehen 55 Milliarden

- ▶ Das Rentenpaket vermindert das Rentenniveau stärker als notwendig. Im Jahr 2020 werden noch 46,9 Prozent erreicht, bis 2030 sinkt das Sicherungsniveau auf 43,7 Prozent des Durchschnittseinkommens vor Steuern. Die Rentenanpassungen werden damit bis 2030 insgesamt um rund 55 Milliarden Euro geringer ausfallen als nach geltendem Recht.
- ▶ Die Rentenhöhe hängt außerdem vom Zahlenverhältnis Beitragszahler zu Rentnern ab. Wegen der Rente mit 63 wird die Zahl der Beitragszahler stärker sinken, was den Rentenanstieg ebenfalls verlangsamt.

Nicht nur die Beitragszahler tragen die Reformkosten. Das Rentenniveau droht unter die gesetzliche Grenze von 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns zu rutschen.

Entwicklung des Rentenniveaus

Gesetzliche Rente nach 45 Beitragsjahren in Prozent des Durchschnittsentgelts eines Arbeitnehmers



Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung; Bundesregierung 2014; Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2013

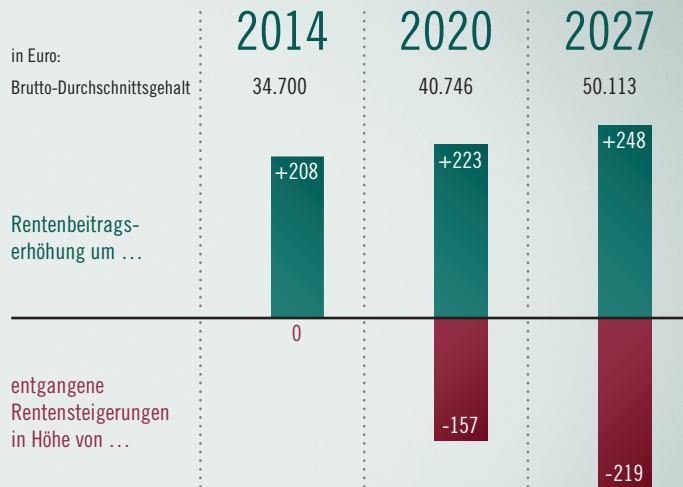
Fakt 5

Die Rentenbeiträge steigen, aber die Renten sinken

- ▶ Der durchschnittliche Rentenbeitrag für Erwerbstätige wird durch die Rentenreform bis 2027 um 679 Euro steigen. Dahinter steht ein Beitragssatz, der voraussichtlich von heute 18,9 Prozent auf 22 Prozent im Jahr 2027 steigen wird.
- ▶ Weil es durch die Rente mit 63 weniger Beitragszahler geben wird und die steigenden Beitragssätze den Anstieg des Rentenniveaus mindern, fällt die Jahresrente im selben Zeitraum für jeden Rentner um 376 Euro niedriger aus.

Einen Großteil der Kosten des Rentenpaketes zahlen die Rentner selbst. Die heutigen Ruheständler verlieren damit mehr als sie gewinnen.

So viel kostet die Rentenreform die Bürger



Quellen: Prof. Dr. Reinhold Schnabel, Universität Duisburg-Essen; Rentenversicherungsbericht 2013; Bundesarbeitsministerium

Fakt 6

Rentenpaket

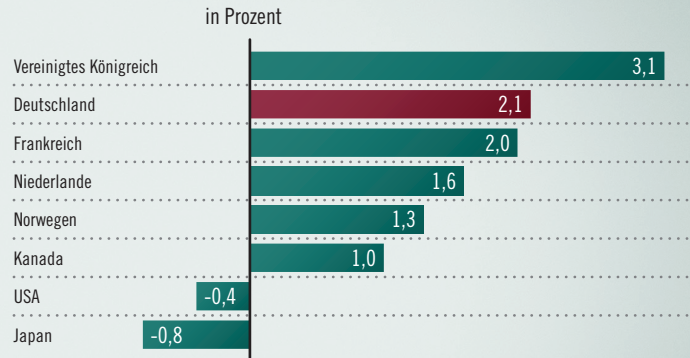
macht Arbeit teuer

- ▶ Auch ohne Rentenpaket ist Arbeit in Deutschland schon teuer: Die Lohnstückkosten der ausländischen Industrieunternehmen in den 25 bedeutendsten Konkurrenzländern sind im Schnitt fast 5 Prozent niedriger als die der deutschen Firmen.
- ▶ Allein von 2007 bis 2011 sind die Lohnstückkosten in der deutschen Industrie jahresdurchschnittlich um 2,1 Prozent gestiegen. Das war nach dem Vereinigten Königreich der zweithöchste Anstieg unter den laut Weltbank größten Volkswirtschaften der Welt.

Steigende Lohnnebenkosten durch höhere Rentenbeiträge gefährden die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Lohnstückkosten in Deutschland kräftig gewachsen

Entwicklung der Lohnstückkosten 2007 bis 2011*



*im verarbeitenden Gewerbe in nationaler Währung; Lohnstückkosten: Verhältnis von Arbeitskosten je Beschäftigtenstunde zur Produktivität; Produktivität: Bruttowertschöpfung je geleisteter Stunde

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2012

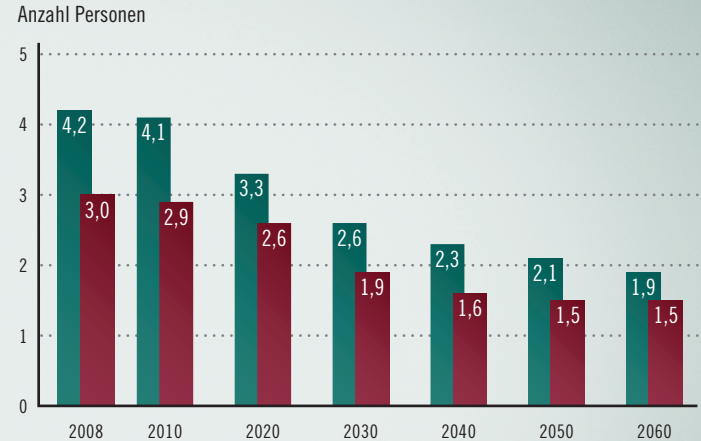
Fakt 7

100 Berufstätige werden für 60 Rentner aufkommen

- ▶ In Zukunft wird sich das Verhältnis zwischen der arbeitenden und der Bevölkerung im Rentenalter stark wandeln: 2008 kamen in Deutschland auf 100 Personen im Erwerbsalter von 20 bis 64 Jahren noch 34 Personen im Rentenalter ab 65 Jahren.
- ▶ Wird die Rente mit 67 eingerechnet, stehen derselben Gruppe in Deutschland 2060 voraussichtlich bereits knapp 59 Personen im Rentenalter gegenüber. Blicke es beim Rentenalter mit 65, wären es 67 Personen.
- ▶ Im Durchschnitt der OECD-Länder kommen 2060 dagegen voraussichtlich nur knapp 53 Personen ab 65 Jahren auf 100 Personen im Erwerbsalter.

Die Rente mit 67 sorgt dafür, dass die demografische Last gerechter auf Jung und Alt verteilt wird.

Das Verhältnis Jung zu Alt schrumpft



So viele 20- bis 64-Jährige sorgen für eine Person im Alter von mindestens 65 Jahren

■ OECD-Durchschnitt ■ Deutschland

Quelle: OECD 2013

Fakt 8

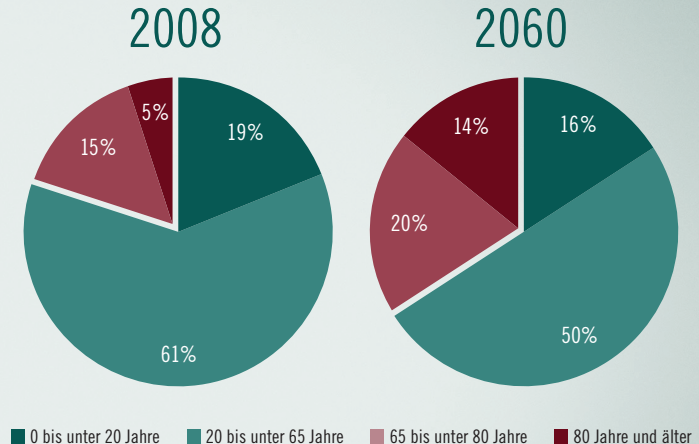
Ein Drittel wird 2060

mindestens 65 Jahre alt sein

- ▶ Die Deutschen werden nicht nur weniger, sondern auch immer älter: Im Vergleich zu 2008 wird die Lebenserwartung neugeborener Jungen bis 2060 um 7,8 Jahre auf 85 Jahre ansteigen. Mädchen werden mit 89,2 Jahren eine um 6,8 Jahre höhere Lebenserwartung haben.
- ▶ Die Lebenserwartung der 65-jährigen Deutschen wird 2060 über dem OECD-Durchschnitt liegen: Frauen haben dann im Schnitt noch 25,9 Jahre zu leben, Männer 22,1 Jahre.
- ▶ Insgesamt wird 2060 ein Drittel der Bevölkerung 65 Jahre oder älter sein.

Der demografische Wandel gefährdet die nachhaltige Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme. Sozialpolitik in der Sozialen Marktwirtschaft ist vorausschauend und muss die Lasten des demografischen Wandels generationengerecht verteilen.

Bevölkerung nach Altersgruppen



Quelle: Statistisches Bundesamt 2009

Fakt 9

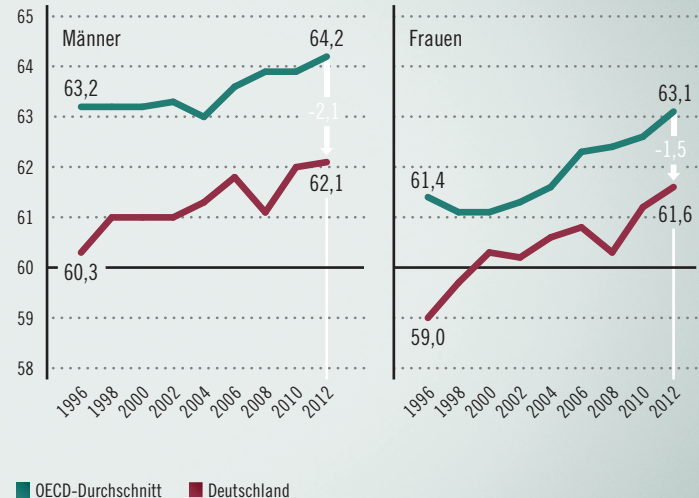
Deutsche gehen zwei Jahre früher in Rente als im OECD-Länder-Schnitt

- ▶ Die Erwerbstätigkeit von Menschen ab 55 ist in Deutschland zwischen 2000 und 2012 um 23,9 Punkte auf 61,5 Prozent gestiegen. Das ist vor allem auf die Rücknahme großzügiger Frühverrentungsregeln zurückzuführen.
- ▶ Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt aber, dass die Deutschen den Arbeitsmarkt immer noch relativ früh verlassen, obwohl die Lebenserwartung überdurchschnittlich hoch ist: Mit 62,1 Jahren gingen deutsche Männer 2012 gut zwei Jahre früher in Rente als die Männer im OECD-Schnitt. Bei den Frauen waren es eineinhalb Jahre.

Das Renteneintrittsalter in Deutschland konnte dank guter Reformen dem internationalen Durchschnitt angenähert werden. Das Rentenpaket bedroht diesen Erfolg.

Renteneintrittsalter in Deutschland niedrig

Durchschnittliches Eintrittsalter in Jahren



Quelle: OECD 2013

Fakt 10

Arbeitskräftemangel bremst

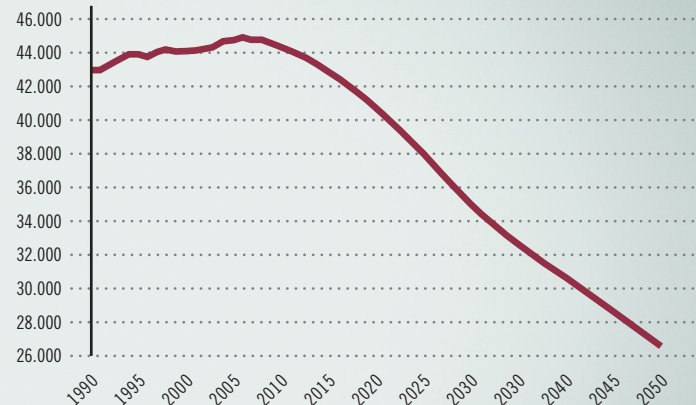
Wirtschaft aus

- ▶ Die Verschiebung der Bevölkerungspyramide wird teuer: Das Arbeitsvolumen wird demografiebedingt sinken, weil es weniger Personen im erwerbsfähigen Alter geben wird. Zudem reduziert sich das durchschnittliche Arbeitsvolumen dieser Personen, da sowohl die Erwerbsquote als auch die durchschnittliche Arbeitszeit mit zunehmendem Alter sinkt. Zwischen 2014 und 2020 wird dieser Rückgang jährlich 0,5 Prozentpunkte des potenziellen Wirtschaftswachstums kosten.
- ▶ Ab 2020, wenn die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-Boomer-Generation das Rentenalter erreichen, beträgt die Minderung sogar 0,6 Prozentpunkte.

Für weiteres Wirtschaftswachstum brauchen wir auch ältere Beschäftigte auf dem Arbeitsmarkt.

Zahl der Erwerbspersonen sinkt

Erwerbspersonen in Tausend



Szenario: ohne Wanderungen; konstante Erwerbsquoten

Quelle: IAB Kurzbericht 16/2011

Ausgewählte Quellen

Bevölkerung Deutschlands bis 2060, 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Statistisches Bundesamt, November 2009

Herausforderungen des demografischen Wandels, Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Mai 2011

IWD, Nr. 3 vom 16. Januar 2014

Mehr Beiträge, weniger Rente, Wirtschaftswoche vom 27. Januar 2014, Nr. 5, S. 6 f.

Rentenpolitik: Wiedereinstieg in die Frühverrentung, Prof. Dr. Reinhold Schnabel, Universität Duisburg-Essen, Januar 2014

Impressum

- Herausgeber:** Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
GmbH, Georgenstraße 22, 10117 Berlin
- Geschäftsführer:** Hubertus Pellengahr
- Projektleitung:** Julia Saalman und Marc Feist
- Grafische Gestaltung:** IW Medien GmbH, Köln · Berlin

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzungen für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH

Georgenstraße 22 · 10117 Berlin
T 030 27877-171 · F 030 27877-181

[in-sm.de/Generationengerechtigkeit](https://www.insm.de/Generationengerechtigkeit) [facebook.com/Marktwirtschaft](https://www.facebook.com/Marktwirtschaft)

INITIATIVE
NEUE  SOZIALE
MARKTWIRTSCHAFT